

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Curt Heinsius, Hg. v. 1871.
Dresden-N., Karlsruhstr.,
Ecke Tockstrasse, Fernspr.-A. II. 2100.
Sechsjährige Garantie.
3 Mal prämiert, 60,000 Stück in Function.
Königspreis Probe.

Geräuschlose
Thürschliesser.
Mit doppelter Luftentzerrung.
Gewaltthätige Schliessen schalllos.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden

Closets & Badeartikel
in großer Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Kaufmann
DRESDEN-A. Marienstr. 11.
gegenüber 3 Bahnh.
Fabrik: Elsterplatz.

Phandl's
Condensirte Milch
Beste Kindermahlung
Bresdner Malzkorn
Sehr Phandl

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte.
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris.

Gummischuh-Reparatur!
Für Händler! Für Reparaturen!
Gummischuh Sohlenplatten 1a. Para-Lösung
zoh u. schwarz glatt u. gerippt 1a. Flickplatten
complett zusammengestellt, auch einzeln mit
Gebrauchs-Anweisung billigst bei
Reinhardt Leupold, Gummifabrik Dresden-A.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Vernickelung von Schlittschuhen aller Systeme. Dresden Vernickelungs-Anstalt
Otto Büttner, Falkenstr. 1-3.
Nr. 332. Spiegel: Ende Baden's. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Fahrnennachrichten, Kunst- | Rhythmisches Witterung: | **Dienstag, 30. November 1897.**
gesellschaft, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Gewerbe-Concert. Trübe, windig. fühl.

Deutsch-Oesterreichs Schwur.

Mel.: Es brauch ein Ruf wie Donnerhall.

Es brauch durch's Land ein hehres Lied
Und dröhnt vom Nord zum fernem Süd,
In Ost und West es wiederhallt
Mit Donnerkurzes Allgewalt:
„Deutsch ist die Stadt am Donaustrand!
„Deutsch bleibt das Wort, deutsch bleibt das Land!“

Wir stehen fest in jeder Schlacht
Und fürchten nicht der Feinde Macht,
Wir kennen Sieg nur oder Tod,
Ereu unsrer Fahne: schwarz-gold-roth.
„Die Stadt bleibt deutsch am Donaustrand
„Und deutsch das Wort und deutsch das Land!“

Der heil'ge Schwur löst' himmelan
Und klinge laut von Mann zu Mann:
„So lang' noch Kraft in unserm Mark,
„So lang' das Herz noch lebensfark,
„Bleibt deutsch die Stadt am Donaustrand,
„Bleibt deutsch das Wort, bleibt deutsch das Land!“

Dresden, Ende November 1897. Leopold Weigelt.

Baden's Ende.

Überall, wo die deutsche Sprache klingt, ist die Kunde von dem Rücktritt des Grafen Baden mit lauten Jubel begrüßt worden. Entschieden konnte der Sieg, den das Deutschthum in Oesterreich über seine Feinde errungen hat, nicht sein: die Zurückziehung der Sprachenverordnungen wäre nur ein halber Erfolg gewesen; mit dem politischen Grafen aber fällt das ganze antideutsche Regime, das in ihm verkörpert war, zusammen und unter seinen Trümmern werden auch die Sprachenverordnungen begraben werden. Baden's Demission bedeutet den völligen Bankrott des deutsch-polnischen Regimentsystems. „Wir gebeten zu führen und uns nicht führen zu lassen!“ so lautete ursprünglich Baden's programmatisches Lösungswort. Geführt hat er, aber nicht zu dem Ziele, das ihm vorkam auf dem Grunde seines Herzens voranschreit haben mag, zur Unterjochung des Deutschthums, sondern geführt hat er die kleinsten Reichthümer bis an den Rand des Abgrundes, aus dem bereits blutig roth die Flammen der Revolution emporleuchten. Die „aus historischem Moment bestehende traditionelle Stellung und langjährige, allen anderen Völkern Oesterreichs voranleuchtende Kultur des deutschen Volkes“ sollte nach den Versprechungen seiner Antrittsrede, „steis die ihr gebührende Beachtung“ finden. Die gebührende Achtung hat das deutsche Volk Oesterreichs unter Baden nicht allerdings gefunden, da dieser selbst wider Willen den Beweis hat erbringen lassen, daß eine Regierung, welche die dem Deutschthum in der habsburgischen Monarchie zukommende Stellung so schnell mißachtet, wie es durch die Baden'sche Geschehen ist, auf die Dauer nicht bestehen kann. Unverantwortlich kurzfristig ist die Baden'sche Politik von Anfang bis zum Ende gewesen. Die Deutschen wollten Baden niederwerfen und durch seine Wirksamkeit hat er es erreicht, daß sie aus dem Kampf um ihre höchsten nationalen Güter als Sieger hervorgehen. Er spekulierte auf den unseligen alten Erbfeind der Deutschen, auf ihre Uneinigkeit; aber auch hier hat er sich so gründlich verrechnet, daß gerade er zu Wege gebracht hat, was lange Zeit die härteste Behinderung und die eindringlichsten Mahnungen und Warnungen nicht vermocht hatten: die Einigkeit der Deutschen. Ang haben die Deutschen in Oesterreich selbst mitten im Kampf um ihr nationales Recht, um ihre Ehre und ihre Sprache gegen das Gebot der Einigkeit und der Interessengemeinschaft gefordert, so arg, daß sie sich durch ihre gegenseitige Verhöhnung die Sympathien ihrer Volksgenossen im Deutschen Reich zu verschärfen drohten. Aber die Gewaltpolitik Baden's, die in ihren schamlosen Wirkungen die trennenden Vorurtheile vergessen lassen mußte, hat die Deutschen schließlich geerntet. Selbst die Schächtelchen und Unzuverlässigen unter ihnen hat er, in das Lager der erbitterten Opposition getrieben. Die katholische Volkspartei, die sich am längsten sträubte, hat er geipalten, und die gemäßigten Gruppe des verfassungstreuen Fortschrittsparties, die die Theilnahme an der Obstruktionspolitik verweigerte, hat er zu einer Entschiedenheit entflammt, die man kaum für möglich gehalten hätte. Der kraftvolle Protest, den diese Gruppe in letzter Stunde erlassen hat, dürfte zweifellos bei der Lösung, die die Kritik durch die Entscheidung der Krone erfahren hat, mitgewirkt haben. Mit den schärfsten Worten ist hier die Forderung der Geschäftsordnung und deren brutale Handhabung als ein eskalantes schamloses Rechtsbrech gebrandmarkt, der jedes Rechtsbewußtsein verleugnet und die öffentliche Ordnung auf das Schwerste gefährden muß. „Wir protestiren“, heißt es in dem Protest des verfassungstreuen Fortschrittsparties, „gegen diese Rechtsverletzung, welche ohne Beispiel in irgend einem Parlament dastehen dürfte, wir protestiren gegen ein Verfahren, das auf diesem Boden jede gesetzliche Schranke in's Wasser zu dringen droht. Wir protestiren gegen die gefahrvolle Verwendung der Sicherheitsvorkehrung im

Parlament; wir machen für die unabsehbaren Konsequenzen alle jene verantwortlich, die an diesem Vorgange mitgewirkt haben.“ Nicht minder eindringlich mag auch die entschiedene Opposition gewesen sein, zu der die Christlich-Sozialen unter Zueger's Führung übergegangen sind. Die Erklärung des Wiener Bürgermeisters, daß angesichts der verfassungswidrigen Zustände eine Genösche für die Erhaltung der Ordnung in der Reichshauptstadt nicht mehr vorhanden sei, hat die Einsicht von der Unhaltbarkeit der Lage wesentlich gefördert. Es verdient anerkannt zu werden, daß in den letzten Tagen besonders Dr. Zueger und die Christlich-Sozialen die gebührende Nothwendigkeit betont und auch behauptet haben, daß angesichts der unerhörten Vergewaltigungen des Deutschthums die Vertreter desselben opferwillig und unter Zurückstellung aller Parteifreigeblichkeiten und Gegenseite in gesellener Balance zum Schutze der nationalen Interessen zusammenstehen müssen. Wenn die Wiener Christlich-Sozialen nicht von Anfang an für die von der Baden'schen Politik bedrohte deutsch-nationale Sache mit jener unzweifelhaften Energie und elementaren Rücksichtslosigkeit eingetreten sind, die sie im Kampf um die Herrschaft der Wiener Stadtverwaltung siegreich bekundet haben, so war wohl hauptsächlich der Umstand Schuld, daß ihre erbitterten Rivalen, die Schönerer und Genossen, die Führung der Opposition übernommen und in der Anwendung der Obstruktionsmittel so weit über das Ziel hinausgingen, daß sie sich zuletzt der Gefahr aussetzten, mit der internationalen Sozialdemokratie, die sich im letzten Stadium der Kämpfe als Reiter des Deutschthums aufspielen wollte, gemeinsame Sache machen zu müssen. Der deutsch-nationale Sache würde in Zukunft vielleicht besser gebient sein, wenn Dr. Zueger in ungleich härterer Weise als bisher bei der Verteidigung der deutschen Interessen gegenüber den slavischen Angehörigen in den Vorbergründ treuen und mit aller Kraft dazu beitragen würde, daß das Deutschthum durch Excesse aus den Reihen seiner Vertreter nicht wieder diskreditirt wird.

Nicht einen einzigen positiven Erfolg hat das zweijährige Baden'sche Regime aufzuweisen. Die erste Krise, die der polnische Ministerpräsident zu überwinden hatte, die Wiener Bürgermeisterfrage, endete mit einem Triumph Zueger's und des Deutschthums. An die Stelle der energischen Fortschrittlichkeit, die der Graf Baden Anfangs die Anerkennung Zueger's als Oberhaupt Wiens verweigerte, trat zuletzt eine Rückschichtigkeit, die den Grafen an seine Unüberwindlichkeit erichtete. Dasselbe Ansehen, die den Mangel staatsmännlicher Besonnenheit und klaren Einblicks in die Tragweite seiner Handlungen deutlich bezeugte, bewies er mit den Sprachenverordnungen, die er schließlich selbst als eine verfehlte Maßregel erkannte. Statt aber aus dieser Erkenntnis den richtigen Schluss zu ziehen und die Sprachenverordnungen wieder aufzuheben, um so den Weg zur Anhörung eines Kompromisses zu finden, ließ er sich von Neuem zu überhöhten Maßregeln fortziehen, die das Unheil, das er mit den Sprachenverordnungen angerichtet hatte, in das Unermessliche zu steigern drohten und zugleich die Lösung der wichtigsten und im Gesamtinteresse der Monarchie dringlichsten Aufgabe, der verfassungsmässigen Genehmigung des Ausgleichsprovisoriums mit Ungarn, unmöglich machten. Unfähig, die Geister, die er beauftragt hatte, wieder zu bannen, außer Stande, die Regierungsgeschäfte in der von der Verfassung vorgeschriebenen Weise zu führen, blieb ihm nichts Anderes mehr übrig, als abzudanken. Nur scheinbar ist Graf Baden freiwillig gegangen: in Wahrheit ist er gestürzt worden durch die Macht der Verhältnisse, die er geschaffen hatte und denen er zuletzt ohnmächtig, rath- und hilflos gegenüberstand. So vollständig hat er abgewirtschaftet, daß er am Ende sogar das Vertrauen seiner polnisch-russischen Mehrheit nicht mehr besaß. Auf seine Erklärung, daß er die Entscheidung der nunmehr zu ergehenden Maßregeln in die Hände des Kaisers lege, hat die parlamentarische Kommission der bisherigen Regierungsmehrheit eine Antwort gegeben, aus der keineswegs das Gefühl der Verleibung spricht. Von Vergewaltigung zu Vergewaltigung war die Rechte fortgeschritten in der festen Erwartung, daß Baden zu ihr halte und die Gewaltpolitik konsequent durchführen werde. Nun hat dieser die Voten und die Zeichen in Stich lassen müssen und so werden ihn selbst seine treuesten Freunde mit sehr gemischten Gefühlen schelden sehen.

Auch das Vertrauen der Krone hat Graf Baden eingebüßt. Kaiser Franz Josef hat die Demission ohne Zögern angenommen offenbar in der Erkenntnis, daß die Lebensinteressen der ganzen Monarchie auf dem Spiele stehen, wenn nicht dem Zustand der parlamentarischen Anarchie, der das konstitutionelle Leben zu nichte macht, ein Ende bereitet wird. Die Lösung der Ausgleichsfrage, deren baldige Erledigung von dem Kaiser vor Allem dringend erwünscht wird, ist mit dem Grafen Baden und einem polnischen Reichstag unmöglich geworden. Schon aus diesem Grunde konnte es dem Monarchen nicht schmer werden, sich von seinem bisherigen ersten Rathgeber zu trennen. Aber man wird sich in der Wiener Hofburg auch nicht länger der Einsicht verschließen haben, welche schweren Gefahren für die Monarchie die Baden'sche Politik herausbeschworen hat, deren Fortführung unabweislich mit einer unglücklichen Wirkung auf die internationale Nachstellung des Oesterreichischen Staates verbunden sein mußte, die doch gerade in letzter Zeit unter der klugen Leitung des Grafen Soluchowski und ohne jedes Verdienst Baden's eine erhebliche Verstärkung erfahren hat. Welchen Rath sollte Baden seinem

folgenden Herrn in der gegenwärtigen Krise noch geben? Die Vollendung des Staatsstrechs von oben angeführt der drohenden Revolution — der einzige Ausweg, der ihm folgerichtig noch übrig geblieben wäre — hat er seinem durch und durch konstitutionell gefassten Monarchen nicht zu empfehlen gewagt. Er vermochte keinen Rath mehr zu geben; darum hatte er aufgehört, der Rathgeber der Krone zu sein.

Kernschreib- und Kernbrech-Berichte vom 29. November.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ theilt mit, daß Staatssekretär v. Bismarck nach Maßgabe des Gesetzes von 1878 mit der Stellvertretung des Reichsanzeigers im Bereiche des Auswärtigen Amtes betraut worden ist. — Der Reichsbevollmächtigte für Böhme und Steuere preussischer Geh. Regierungsrath Dirksen zu Dresden erhielt den preussischen Kronenorden 2. Klasse. — Die Kommission für die Arbeiterstatistik ist heute unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Hied zusammengetreten. Die Tagesordnung bildete die Vernehmung von Institutionen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen. — Durch Kabinettsordre vom heutigen Tage ist der Kapitän zur See Freiherr v. Bodenhausen, Kommandant Sr. Majestät Schiffs „Hohenzollern“ mit der Vertretung des schwedischen Inspektors der 1. Marine-Inspektion (welche Stelle bisher Kontradmiral Prinz Selinich von Breußen innehatte) beauftragt und der Konvettenkapitän Jakobson, bisher Leutnant beim Oberkommando der Marine zum Kommandanten Sr. Majestät Kreuzer „Geier“ ernannt worden. — Der für Deutschland neu ernannte chinesische Gesandte Lu-Hai-Guan schiffte sich am 3. Dezember auf dem Reichsdampfer „Wahnen“ des Norddeutschen Lloyd von Shanghai nach Europa ein, um seinen Berliner Posten anzutreten. Ein Pariser Nachrichtenbureau hatte fälschlicher Weise behauptet, Lu-Hai-Guan hätte infolge der Verletzung der Kao-Fischau-Bucht durch das deutsche ostasiatische Geschwader die Weisung erhalten, nicht abzureisen. — In Kiel fand gestern ein norddeutscher Parteitag der Nationalliberalen statt. Die Redner traten nachdrücklich für die Verstärkung der Marine ein. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Heute früh wurde das Dienstmädchen Margarethe Wiele aus Hamburg in der Wohnung ihrer Herrschaft todt aufgefunden. Der Tod war durch einen Messerstich in die linke Brust herbeigeführt worden. Der Verdacht lenkte sich sofort auf den Fiedelbändler Kieemann aus Altona, der mit der Ermordeten verlobt gewesen war, doch war von ihm das Verbrechen wegen seiner Kahlheit gelöst worden. Kieemann wurde noch heute früh festgenommen und hat die That bestritten.

Berlin. Die „Kreuzzeitung“ bemerkt zu den Vorgängen in Wien: Wir fürchten, daß die Kunde, die Zufriedenheit, die über Nacht in den österreichischen Landen wieder eingeblasen sein sollen, nur gerade so lange von Dauer sein werden, wie es Zeiten beliebt, die Interesse dar n haben, erst wieder Kräfte und Gelegenheit zu sammeln, um in den revolutionären Bestrebungen neue Felder erproblicher und erfolgreicher Thätigkeit zu ebenen. Die vorgeschobenen Perionen und Motive thun dabei nichts zur Sache, sie werden gewählt, benutzt und genüßbraucht, wie es ihren unsichtbaren Leitern gerade beliebt. Hat die Autorität jedoch erst einmal vor der Revolution die Waffen gestreckt — nun, ob sie dann überhaupt noch Stand halten kann, ist zum Mindesten eine Frage, deren Beantwortung allein in der Zukunft liegt. — Die „Voll. Stg.“ sagt: Die Verletzung Baden's ist für die Deutschen in Oesterreich ein außerordentlicher moralischer Erfolg, aber bedeutet noch keineswegs das Ende ihrer Bedrängnis. Der neue Ministerpräsident hat trotz seiner deutschen Abstammung als Unterstaatsminister im Kabinett Tausche dem Deutschthum manchen schweren Abbruch gethan. Er wird auch jetzt nicht im deutschen Sinne regieren, aber seine Persönlichkeit glebt wenigstens eine Bürgschaft dafür, daß nicht mit Geisels- und Verfassungsverletzungen, nicht mit selbstherrlichen Diktanden gegen die Deutschen regiert werden wird.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Stg.“ sagt zu dem morgigen Zusammentritt des Reichstages: Obwohl der Reichstag vielfachen Angriffen ausgesetzt ist, die ihm kein Thun und ebenis auch kein Lassen zum Vorwurf machen, so hat er dennoch in den verlosenen Sessionen manches Gesezgebungswert geschaffen, welches für das Rechts- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes von dauernder und legendreicher Wirkung sein wird. Auch in der morgigen beginnenden Tagung wird der Reichstag vor Aufgaben von ähnlich hoher Bedeutung gestellt. Die Reform des Militärstrafprozesses wird eine einheitliche Regelung auch auf diesem Rechtsgebiete anbahnen. Vor Allem aber wird dieser Reichstag dienen sein, für die maritime Wehrkraft Deutschlands die ihr bisher fehlende gesetzliche Grundlage und damit jene Erweiterung zu schaffen, welche den Schutz unserer Küsten und die wirksame Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen im Auslande bedingen. Die Nation darf erwarten, daß der Reichstag der Größe der ihm gestellten Aufgaben sich bewußt, an deren Lösung verantrifft. Die verbündeten Regierungen der deutschen Volkvertretung das beste Vertrauen entgegen, daß auch sie bei ihren Entscheidungen ausschließlich von der Sorge für des Reiches Wohlfahrt geleitet sind.

Bromberg. Als bei einer Reibdenstüßung in Rynarichowo ein Artilleriezug von einer Antöhe abfuhr, fiel ein Gepan in eine Leitwärts von der Chaussee getragene Schlucht; hierbei wurde ein Soldat schwer, vier leicht verletzt.

Wien. Der Kaiser ist mit dem schon vor gefaßten Entschluß zurückgekehrt, den Grafen Baden zu entlassen, da dessen Zusicherung, die Ordnung auf Grund des Antrags Falkenhayn wieder herzustellen, unerfüllt blieb. Die gestrigen Berichte über die Situation hatten des Kaisers Entschluß zur Reife gebracht. Die Annahme der Demission erfolgte 4 Uhr Nachmittags. — Das Präsidium des Reichsraths tritt zurück, Abrahamowicz legt sein Abgeordnetenmandat nieder. Der Antrag Falkenhayn wird annullirt.

Wien. Der niederösterreichische Landtag nahm im weiteren Verlauf der Sitzung einen vom Abg. Bilipponicz eingebrachten Antrag an, nach welchem ein Ausschuss aus dem ganzen Hause gewählt werden soll zur Prüfung der Rechtsanschauung des Landmarschalls bezüglich der Verhandlung von Anträgen. Die Session wurde sodann von dem Landmarschall mit einer Ansprache, in welcher er seine Haltung bezüglich der Geschäftsordnung rechtfertigte, geschlossen. — Die ungarische Delegation bewilligte heute das Marinebudget und nom gleichzeitig einen Antrag des Referenten an dem gegenwärtigen Leiter der Marine die Anerkennung der Delegation für

Triumph-Seife
A. Koch & Co.
für Toilette
mit Parfüm